

Klare Forderungen an die neue Staatsregierung

KVB und KZVB ziehen an einem Strang

Über das gemeinsame Positionspapier von Kassenärztlicher und Kassenzahnärztlicher Vereinigung (KVB und KZVB) im Vorfeld der bayerischen Landtagswahl berichteten wir bereits im BZB 9/2018. Zwischenzeitlich ist die Wahl entschieden, die neue Staatsregierung hat ihre Arbeit aufgenommen. Die beiden Körperschaften erwarten, dass ihre Forderungen nun in praktische Politik umgesetzt werden.

Um das weitere Vorgehen zu besprechen, trafen sich die Vorstände von KVB und KZVB kürzlich zu einem Gedankenaustausch. Dabei wurde deutlich, dass die beiden Körperschaften trotz unterschiedlicher Versorgungsstrukturen vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Die Formen der Berufsausübung verändern sich: Der Arzt- und Zahnarztberuf wird weiblicher, die Niederlassungsbereitschaft geht zurück. Wachstum haben sowohl die KVB als auch die KZVB vor allem bei den Angestellten zu verzeichnen. Doch dies dürfe nicht zulasten der Freiberuflichkeit gehen, waren sich die beiden Körperschaften einig.

Keine Industrialisierung der Medizin

Eine „Industrialisierung der Versorgung“ sei weder im Interesse der Patienten noch der Heilberufe. Vor diesem Hintergrund sehen KVB und KZVB den Einstieg internationaler Investoren in die Versorgungslandschaft äußerst kritisch. Sie erwarten, dass der Gesetzgeber dieser Entwicklung einen Riegel vorschiebt. „Unsere Forderung ist, dass Medizinische Versorgungszentren ausschließlich von Ärzten und Zahnärzten betrieben werden dürfen“, so der KZVB-Vorsitzende Christian Berger. „Wir sind der festen Überzeugung, dass die ambulante Versorgung in ärztlicher, zahnärztlicher und psychotherapeutischer Hand verbleiben muss, um die großen Stärken unseres Gesundheitssystems zu erhalten“, heißt es auch im gemeinsamen Positionspapier von KVB und KZVB.

Kritik an Bürokratie

Der stellvertretende KZVB-Vorsitzende Dr. Rüdiger Schott wies darauf hin, dass große MVZ vor allem



Foto: KZVB

Die Vorstände von KVB und KZVB erneuerten bei einem Gedankenaustausch ihre gemeinsamen Forderungen an die künftige bayerische Staatsregierung. V.l.: Dr. Claudia Ritter-Rupp, Dr. Pedro Schmelz, Dr. Wolfgang Kromholz, Christian Berger, Dr. Rüdiger Schott und Dr. Manfred Kinner.

in den städtischen Ballungsräumen entstehen. Dies gefährde die flächendeckende Versorgung. Die KZVB versuche, durch Niederlassungsseminare und Fortbildungsveranstaltungen die Niederlassungsbereitschaft der jungen Kolleginnen und Kollegen wieder zu erhöhen. Doch dafür brauche es auch entsprechende Rahmenbedingungen. Die wachsende Bürokratie halte viele junge Zahnärzte von der Gründung oder Übernahme einer eigenen Praxis ab. Auch die Budgetierung und drohende Regresse seien kontraproduktiv.

Starke Selbstverwaltung

Einig sind sich die beiden Körperschaften darin, dass es eine starke Selbstverwaltung braucht, um die gewachsenen Strukturen im bayerischen Gesundheitswesen zu erhalten. „Die Selbstverwaltung benötigt Instrumente, um einer Zentralisierung der Versorgung in den Händen weniger Konzerne entgegenwirken zu können, und sie benötigt das Vertrauen der Politik und die nötigen Handlungsspielräume, um die Berufsausübung in der ambulanten Versorgung für den Nachwuchs zu sichern und die freiberufliche Tätigkeit attraktiv zu halten“, schreiben sie in ihrem gemeinsamen Papier.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, wollen KVB und KZVB künftig gegenüber der Politik und den Krankenkassen verstärkt gemeinsam auftreten und mit einer Stimme sprechen. Auch gemeinsame Presseaktivitäten sind geplant.

Leo Hofmeier